

Christoph Günther, dieBasis
Drosselweg 3
21403 Wendisch Evern

Wendisch Evern, den 1. Dezember 2025

An Herrn Norbert Meyer
Samtgemeindebürgermeister
Samtgemeinderat Samtgemeinde Ostheide
Schulstraße 2
21337 Barendorf

Stellungnahme Schulbau in der Samtgemeinde Ostheide

Sehr geehrter Herr Meyer,
nach der letzten Sitzung des Finanzausschusses, möchte ich mich mit dieser Stellungnahme zu Wort melden. Ich bin kein guter Redner und Stellungnahmen sind in den Sitzungen, wie mir mehrfach deutlich gemacht worden ist, von Nichtausschussmitglieder häufig unerwünscht.

1. Ich unterstütze die gemeinde- und fraktionsübergreifende Koordinierungsgespräche über die verschiedenen Schulbauten in der Samtgemeinde, die Herr Meyer jetzt organisiert. Für Wendisch Evern hatte ich diese schon in meiner Stellungnahme vom x.x. 2025 gefordert. Solidarisch müssen die Gemeinden sich auf maximale Sparsamkeit bei den Bauten einigen.
2. Angesichts leerer Kassen überall, in Staat und Kommunen, ist es wichtig, gute Bauprojekte zu machen, die sich am Kostenminimum orientieren. Einen Prachtbau für 20 Millionen hinzustellen ist keine Kunst. **Die Herausforderung ist, äußerst sparsam Sinnvolles und Notwendiges unter Einbezug von Vorhandenem gut zu gestalten.** Insofern ist aus meiner Sicht, die Phase 0 in Wendisch Evern aus dem Ruder gelaufen. Die vom Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wendisch Evern favorisierte Variante 1 halte ich für ungeeignet.
3. Investitionen für Kinder eine Priorität einzuräumen, wie Herr Peyko es fordert, ist sicher wichtig. Gute pädagogische und lerntechnische Möglichkeiten kann man allerdings nicht einfach in Form eines Luxusgebäudes kaufen. **Wichtiger ist der fördernde, solidarische und pädagogische Handlungsraum im unmittelbaren sozialen Umfeld, Familie, Schule und Dorf.**

Bedenken möchte ich hier anmelden, dass Kinder im Rahmen der Ganztagschule zunehmend **staatlichem Zugriff unterliegen**. Das birgt die Gefahr einer verstärkten ideologischen, einseitigen Indoktrinierung. Nicht umsonst haben autoritäre Regime in Deutschland in jüngerer Vergangenheit bewusst auf die intensive Erfassung aller Kinder und

Jugendlichen in staatstragenden Organisationen gesetzt, um ihre Herrschaft durchzusetzen und zu erhalten. Dieses Mittel taugt nicht für eine freiheitliche, humanistische Demokratie.

4. An anderen Stellen zu **sparen**, wie im Finanzausschuss erwähnt (z.B. durch Synergie- und Sparmaßnahmen bei der Feuerwehr), halte ich für sinnvoll, **reicht** aber wohl **bei weitem nicht aus**.
5. Die Gremien der Samtgemeinde Ostheide müssen kurzfristig **weitere Möglichkeiten erschließen, nötige Schulbauten umzusetzen**. Fördervereine, Bürgerspenden, Bürgerdarlehen, in geringerem Maße auch Eigenleistungen von BürgerInnen und Bürgern, Gemeinden und Schulgemeinden wären kurzfristig Optionen, die zudem den Zusammenhalt der Gemeinden stärken würden.
6. Die Samtgemeinde Ostheide muss sich gegen Vorgaben und Gesetze von Land- und Bund wehren, die die wirtschaftliche Basis und damit die Handlungsfähigkeit der Kommunen zerstören. Teilweise tut sie das schon, indem sie sich gegen falsche Zensusergebnisse wehrt. Die meisten Ratsmitglieder in Samtgemeinde und Gemeinden sind Mitglieder von Parteien, die in Land und Bund genau die rechtlichen Vorgaben beschlossen haben, die die Kommunen zerstören. **Liebe Ratsmitglieder, tretet euren Parteikollegen in Land und Bund auf die Füße!** Setzt sie unter Druck, dass ihr als kommunale Vertreter der Menschen nicht bereit seid, die fehlerhaften Gesetze auszuführen. Wenn die Bundes- oder Landesregierung etwas umgesetzt haben will, muss sie auch die Mittel dafür stellen.
Die Samtgemeinde muss sich auf dem Städtetag dafür einsetzen, dass sich die Kommunen gemeinsam und gut organisiert wehren.

Im Übrigen halte ich es für sinnvoll, Beschlüsse zu den Bauprojekten durch **Bürgerentscheide** abzusichern, damit nicht nach Parteipräferenz und wechselnden Mehrheiten im Rat diese hinausgezögert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Günther, Ratsmitglied, dieBasis